Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 / 10276**

17. Wahlperiode **5.2.2026**

Antrag

des Abg. Sascha Binder u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Umsetzung des kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Anträge auf Regelungsbefreiung nach § 2 Absatz 1 Satz 1 des kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes seit Inkrafttreten des Gesetzes gestellt wurden, differenziert nach Antragstellern, Regelungen sowie den einzelnen Ministerien;

2. in wie vielen Fällen auf eine Verständigung oder Änderung nach § 3 Absatz 3 des kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes hingewirkt wurde und in wie vielen Fällen eine solche zustande kam;

3. wie viele der Anträge bereits genehmigt, teilweise genehmigt oder abgelehnt wurden; unter Darlegung der Gründe für eine (teilweise) Ablehnung sowie differenziert nach den einzelnen Ministerien und unter Darstellung landesweiter Gesamtzahlen;

4. wie lange die durchschnittliche Dauer der Verfahren ist; differenziert nach den einzelnen Ministerien, bereits erledigten Anträge sowie der Dauer der noch nicht entschiedenen Anträge und unter Darstellung landesweiter Gesamtzahlen;

5. in wie vielen Fällen eine Genehmigungsfiktion nach § 3 Absatz 2 Satz 3 des kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes eintrat;

6. auf welche Weise Transparenz über bereits gestellte und entschiedene Anträge hergestellt wird.

23.1.2026

Binder, Ranger, Hoffmann, Dr. Weirauch, Weber SPD

Eingegangen: 5.2.2026 / Ausgegeben: 6.3.2026

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Mit dem kommunalen Regelungsbefreiungsgesetz hat der Landtag von Baden-Württemberg ein Instrument geschaffen, das den Kommunen ermöglichen soll, zeitlich befristet von landesrechtlichen Vorgaben abzuweichen, um Verfahren zu vereinfachen und innovative Lösungen zu erproben. Mit dem Antrag soll ermittelt werden, wie die praktische Umsetzung geschieht; insbesondere wie viele Anträge bereits genehmigt oder abgelehnt wurden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 27. Februar 2026 Nr. IM2-0141.5.-771/2/25 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, dem Ministerium der Justiz und für Migration, dem Ministerium für Verkehr, dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. *wie viele Anträge auf Regelungsbefreiung nach § 2 Absatz 1 Satz 1 des kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes seit Inkrafttreten des Gesetzes gestellt wurden, differenziert nach Antragstellern, Regelungen sowie den einzelnen Ministerien;*
2. *in wie vielen Fällen auf eine Verständigung oder Änderung nach § 3 Absatz 3 des kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes hingewirkt wurde und in wie vielen Fällen eine solche zustande kam;*
3. *wie viele der Anträge bereits genehmigt, teilweise genehmigt oder abgelehnt wurden, unter Darlegung der Gründe für eine (teilweise) Ablehnung sowie differenziert nach den einzelnen Ministerien und unter Darstellung landesweiter Gesamtzahlen;*

Zu 1. bis 3.:

Zu den Ziffern 1 bis 3 wird aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen Stellung genommen. Das Kommunale Regelungsbefreiungsgesetz (KommRegBefrG) ist am 21. Oktober 2025 in Kraft getreten. Das Gesetz wird von Beginn an sehr rege in Anspruch genommen. Seit dem Inkrafttreten sind bei den Ministerien insgesamt bereits 190 Anträge eingereicht worden (Stichtag: 9. Februar 2026 bzw. für das Innenministerium: 12. Februar 2026).

Insgesamt wurden hiervon 18 Anträge genehmigt. Teilweise genehmigt wurden zwei Anträge, abgelehnt wurden vier Anträge. 37 Anträge wurden von den Antragstellern vor einer Entscheidung zurückgenommen. Im Übrigen sind die Verfahren noch nicht abgeschlossen.

In 30 Fällen wurde ein Verständigungsverfahren nach § 3 Absatz 3 KommRegBefrG durchgeführt. Hier konnte in einem Fall ein genehmigungsfähiger Antrag erreicht werden. In 12 Fällen wurde der Antrag nach dem Verständigungsverfahren zurückgenommen, in vier Fällen musste der Antrag dennoch abgelehnt werden. Die übrigen 13 Fälle sind noch offen.

Die Gesamtübersicht, differenziert nach den Ministerien, kann der als *Anlage 1* beigefügten Übersicht entnommen werden.

Detaillierte Angaben zu den Antragstellern, den betroffenen Regelungen sowie die Gründe für eine (teilweise) Ablehnung können der als *Anlage 2* beigefügten Übersicht entnommen werden.

4. wie lange die durchschnittliche Dauer der Verfahren ist; differenziert nach den einzelnen Ministerien, bereits erledigten Anträge sowie der Dauer der noch nicht entschiedenen Anträge und unter Darstellung landesweiter Gesamtzahlen;

Zu 4.:

Die Dauer der einzelnen bisher abgeschlossenen Verfahren kann der als *Anlage 1* beigefügten Übersicht entnommen werden (Stichtag: 9. Februar 2026 bzw. für das Innenministerium: 12. Februar 2026). Die durchschnittliche ressortübergreifende Verfahrensdauer bis zu einer Genehmigung beträgt demnach 9,9 Wochen, bis zu einer Ablehnung 11,8 Wochen und bis zu einer Antragsrücknahme 10,4 Wochen. Die durchschnittliche ressortübergreifende Dauer der laufenden Verfahren unter Berücksichtigung des genannten Stichtages beträgt 6,1 Wochen.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Berechnung der Verfahrensdauer das Antragsdatum verwendet wurde, unabhängig davon, ob ein Antrag zu diesem Zeitpunkt bereits vollständig war. In Fällen, in denen das Eingangsdatum vom Antragsdatum abwich, wurde hierauf zurückgegriffen. Die dreimonatige Bearbeitungsfrist nach § 3 Absatz 2 Satz 1 KommRegBefrG beginnt erst mit der Vollständigkeit des Antrages zu laufen; durch die dargestellte Berechnungsweise werden in einzelnen Fällen längere Verfahrenszeiten ausgewiesen. Das Verfahren wurde als abgeschlossen angesehen, wenn seitens der Genehmigungsbehörde eine Entscheidung (Genehmigung, teilweise Genehmigung oder Ablehnung) getroffen wurde, der Antrag vom Antragsteller zurückgenommen wurde oder wenn die Genehmigungsfiktion nach § 3 Absatz 2 Satz 3 KommRegBefrG eingetreten ist.

5. in wie vielen Fällen eine Genehmigungsfiktion nach § 3 Absatz 2 Satz 3 des kommunalen Regelungsbefreiungsgesetzes eintrat;

Zu 5.:

Bis zum Stichtag trat bei einem Antrag die Genehmigungsfiktion ein.

6. auf welche Weise Transparenz über bereits gestellte und entschiedene Anträge hergestellt wird.

Zu 6.:

Wird eine Genehmigung nach dem KommRegBefrG erteilt oder gilt sie als erteilt (Genehmigungsfiktion), so ist dies unter Bezeichnung der Regelungen, die Gegenstand der Befreiung sind, und des Zeitraums der Erprobung im Gemeinsamen Amtsblatt bekannt zu machen (§ 3 Absatz 4 Satz 2 KommRegBefrG). Die Bekanntmachung wird jeweils durch das zuständige Ministerium veranlasst. Sie dient der Information der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der anderen Kommunen über die Abweichung von Regelungen und damit der Transparenz. Im Nebenzweck kann möglicherweise das Interesse bei anderen Kommunen an der Erprobung geweckt werden.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen stellt den Kommunen und der interessierten Öffentlichkeit auf seiner Homepage ergänzend ausführliche Informationen zum Kommunalen Regelungsbefreiungsgesetz und zu dem von diesem vorgesehenen Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie eine ressortübergreifende Übersicht zu allen bereits erteilten Genehmigungen einschließlich der Bekanntmachungen im Gemeinsamen Amtsblatt zur Verfügung (*www.im.baden-wuerttemberg.de/de/land-kommunen/starke-kommunen/kommunalesregelungsbefreiungsgesetz*).

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen

Anlage 1

	Stichtag	Anzahl der Anträge	genehmigt	teilweise genehmigt	abgelehnt	zurückgenommen	Verständigungs-verfahren	Antrag geändert	Genehmigungsfiktion eingetreten	Verfahrensdauer durchschnittlich in Wochen			
										Genehmigt	abgelehnt	zurückgenommen	laufend
StM	09.02.2026	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IM	12.02.2026	66	9	0	0	16	3	0	0	5,0	-	10,3	4,5
FM	09.02.2026	4	0	1	0	1	0	0	0	9,5	-	6,0	1,0
KM	09.02.2026	9	0	0	0	1	0	0	0	-	-	14,0	2,3
MWK	09.02.2026	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
UM	09.02.2026	28	0	0	1	5	7	0	0	-	12,3	7,6	7,0
WM	09.02.2026	9	1	0	0	2	0	1	0	11,9	-	10,7	3,7
SM	09.02.2026	8	3	0	0	0	0	0	0	11,7	-	-	6,1
JuM	09.02.2026	1	0	0	0	0	0	0	0	-	-	-	14
VM	09.02.2026	12	2	0	1	1	1	0	0	5,5	13,1	14,6	5,7
MLR	09.02.2026	25	3	1	1	0	3	0	0	12,4	8,9	-	8,8
MLW	09.02.2026	28	0	0	1	11	16	0	1	13,0	12,9	9,4	8,0
Summe		**190**	**18**	**2**	**4**	**37**	**30**	**1**	**1**	**9,9**	**11,8**	**10,4**	**6,1**

IM Stichtag: 12.02.2026

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	09.10.2025	Stadt Knittlingen	§ 1 AGPStG / Übertragung der Zuständigkeit für das Personenstandswesen von den Kommunen auf die unteren Verwaltungsbehörden	10.12.2025										x	17.12.2025	Aufgabenverzicht ginge zu Lasten Dritter					9,9		
2	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 1)	§ 22 LPVG / Abweichen von der fünfjährigen Amtszeit durch einmalige Verkürzung auf vier Jahre für die nächste regelmäßige Personalratswahl 2029 sowie Abweichen von dem landesweit einheitlichen Zeitraum für die regelmäßigen Personalratswahlen im Jahr 2034.											x	14.11.2025	Antrag wurde nach schriftlicher Darlegung der Sach- und Rechtslage zurückgenommen: eine Genehmigung der beantragten Befreiung kommt zwingend nicht in Betracht, weil Rechte Dritter (Personalrat, Personalratsmitglieder) dem entgegen stehen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 KommRegBefrG)					3,6			
3	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 2)	§ 36 Abs. 5 StVO; § 44 PolG; § 125 PolG / Anhalterecht im fließenden Verkehr für gemeindliche Vollzugsbedienstete											x	14.01.2026	Anerkennung der rechtlichen Erläuterungen, dass Anwendungsbereich des KommRegBefrG nicht eröffnet ist					12,3		Anwendungsbereich des KommRegBefrG nicht eröffnet, da der Antrag auf eine neue Aufgabe bzw. neue Befugnis für gemeindliche Vollbedienstete abzielte
4	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 3)	§ 163 StPO, § 53 PolG, § 125 PolG, § 31 DVO PolG / Aufnahme von Verkehrsunfällen durch gemeindliche Vollzugsbedienstete											x	09.01.2026	Anerkennung der rechtlichen Erläuterungen, dass Anwendungsbereich des KommRegBefrG nicht eröffnet ist					11,6		Anwendungsbereich des KommRegBefrG nicht eröffnet, da der Antrag auf eine neue Aufgabe bzw. neue Befugnis für gemeindliche Vollbedienstete abzielte
5	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 6)	§ 5 Abs. 2 Satz 1 GemHVO / Verzicht auf die Angabe der Gesamtzahl der Stellen für das Vorjahr sowie der am 30. Juni des Vorjahres besetzten Stellen für die einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen im Stellenplan.			x	21.11.2025												4,6				
6	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 16)	Zustellung von Bescheiden auf elektronischem Weg und ohne Unterschrift/Siegel											x	02.02.2026	"nach interner Klärung"					15		Antrag war nicht vollständig; nach Bitte um Vervollständigung wurde Antrag zurückgenommen.
7	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 17)	Ermöglichung der Bezahlung von Leistungen ohne vorausgegangene Zustellung eines Bescheids											x	02.02.2026	"nach interner Klärung"					15		Antrag war nicht vollständig; nach Bitte um Vervollständigung wurde Antrag zurückgenommen.
8	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 20)	§ 3 1 DVO PolG / Kontrollen - Eingriff/ Anhalten im fließenden Verkehr durch gemeindliche Vollzugsbedienstete											x	14.01.2026	Anerkennung der rechtlichen Erläuterungen, dass Anwendungsbereich des KommRegBefrG nicht eröffnet ist					12,3		Anwendungsbereich des KommRegBefrG nicht eröffnet, da der Antrag auf eine neue Aufgabe bzw. neue Befugnis für gemeindliche Vollbedienstete abzielte
9	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 21)	§ 44 PolG / Offener Einsatz technischer Mittel zur Bild- und Tonaufzeichnung bzw. Nutzung einer sog. Bodycam durch gemeindliche Vollzugsbedienstete											x	09.01.2026	Anerkennung der rechtlichen Erläuterungen, dass Anwendungsbereich des KommRegBefrG nicht eröffnet ist					11,6		Anwendungsbereich des KommRegBefrG nicht eröffnet, da der Antrag auf eine neue Aufgabe bzw. neue Befugnis für gemeindliche Vollbedienstete abzielte
10	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 22)	§ 75 Abs. 4 Nr. 3 LPVG / Befreiung von dem Mitbestimmungserfordernis des Personalrats über den Inhalt von Fragebögen für Mitarbeiterbefragungen.											x	14.11.2025	Antrag wurde nach schriftlicher Darlegung der Sach- und Rechtslage zurückgenommen: eine Genehmigung der beantragten Befreiung kommt zwingend nicht in Betracht, weil Rechte Dritter (Personalrat) dem entgegen stehen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 KommRegBefrG)					3,6			
11	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 15)	Die Schriftformerfordernis so verändern, dass im möglichst vielen Fällen eine elektronische Nachricht (z.B. E-Mail) genügt.											x	02.02.2026	Unvollständiger Antrag wurde nach Bitte um Konkretisierung und interner Klärung durch die Antragstellerin zurückgezogen					15,0		
12	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 18)	An Stellen wo Leistungsmissbrauch unwahrscheinlich ist (z.B. nur anfordernde Person kann die Leistung nutzen), Authentifizierungsniveau senken.											x	02.02.2026	Unvollständiger Antrag wurde nach Bitte um Konkretisierung und interner Klärung durch die Antragstellerin zurückgezogen					15,0		
13	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart (Sammelantrag Nr. 19)	Statt Nachweise zu fordern die Freigabe zur Informationseinholung für Abfragen erteilen lassen. Dies würde eine automatisierte Abfrage ermöglichen statt manueller Prüfung der eingereichten Nachweise (z.B. Geburtsurkunde), wenn diese zentral abfragbar sind.											x	02.02.2026	Unvollständiger Antrag wurde nach Bitte um Konkretisierung und interner Klärung durch die Antragstellerin zurückgezogen					15,0		
14	29.10.2025	GW Raum Bad Boll	§ 14 Abs. 1 und Abs. 3 GemKVO / Annahme von Spenden der Fahrgäste im Rahmen des Betriebs eines Bürgerautos			x	11.12.2025												6,1				
15	03.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg für 34 Landkreise	§ 51 Abs. 1 Satz 1 LBG und § 1 Abs. 1 der Beurteilungsverordnung / Befreiung von der Pflicht zur Regelbeurteilung für Beamtinnen und Beamte, die von sich aus auf eine Regelbeurteilung verzichten sowie grundsätzlich bei Beamtinnen und Beamte, die sich im Endamt ihrer Laufbahn befinden.			x	27.11.2025												3,4				13.11.2025, ein weiterer Landkreis wurde in den Antrag mit aufgenommen
16	07.11.2025	Stadt Calw	§ 38 GemO / Zulassung einer elektronischen Unterzeichnung der Niederschriften des Gemeinderats und seiner beschließenden Ausschüsse anstelle der bislang verlangten Papier-Unterschriften (Schriftformerfordernis).																			13,9	Antrag war erst am 3. Dezember 2025 vollständig
17	10.11.2025	Stadt Tübingen	§ 29 Absatz 7 LWO, § 32 Ziff. 6 LWO und § 23 Absatz 7 KomWO / Antrag, am Wahltag Gesetzestexte des Wahlrechts nicht mehr in Papierform, sondern digital für Bürger im Wahllokal und für Wahlhelfer zur Verfügung zu stellen (mittels QR-Code)	Von Staatsministerium und Innenministerium angebotenes Gespräch wird von Stadt TÜ für nicht zielführend erachtet mit Blick auf beabsichtigte Antragsablehnung										x	06.02.2026	Der Stadt wurden die Gründe zur beabsichtigten Ablehnung mitgeteilt: Genehmigung des Antrags käme (mittelbar) Vorfeld der Landtagswahl unzulässiger punktueller Gesetzesänderung des Wahlrechts gleich, würde die Genehmigung eines Wahlfehlers bedeuten und Wahlrechtsgrundsätze der Chancengleichheit und Öffentlichkeit der Wahl beeinträchtigen.					12,6		Von Staatsministerium und Innenministerium angebotenes Gespräch wird von Stadt TÜ für nicht zielführend erachtet mit Blick auf beabsichtigte Antragsablehnung
18	11.11.2025	Gemeinde Rust	§ 1 Abs. 3 i.V.m. § 6 GemHVO / Verzicht auf die Beifügung eines Vorberichts für die Haushaltspläne 2026-2029			x	15.01.2026												9,3				
19	20.11.2025	Gemeinde Seckach	§ 24 Abs. 4 Satz 3 KomWO / Verwendung gelber statt hellroter Wahlbriefumschläge bei der Durchführung der Bürgermeisterwahl einschließlich einer etwaigen Stichwahl.			x	01.12.2025												1,6				
20	20.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg für 33 Landkreise	§ 30 GemKVO / Verzicht auf Genehmigungen beim Erlass von Sonderregelungen bei Gemeindekassen mit geringem Geschäftsaufkommen											x	13.01.2026	Antrag wurde aus rechtsformalen Gründen zurückgenommen					7,7		
21	20.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg für 30 Landkreise	Ziffer 1.2 VwV Aufsicht Personenstandswesen / Verzicht auf die regelmäßige Aufsichtsprüfung der Standesämter																			12,0	
22	27.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg für 32 Landkreise	§ 3 Abs. 1 Nr. 3 KAG i. V. m. § 87a AO / Versand von Abfallgebührenbescheiden per E-Mail bzw. Bereitstellung im Online-Portal nach Einwilligung unter Verzicht auf Verschlüsselung bzw. sicheres Verfahren	Schreiben IM vom 15.01.2026 / Verständigungsgespräch am 11.02.2026 / Antrag wurde unverändert aufrechterhalten																			
23	02.12.2025	Stadt Weinstadt	§ 41b Abs. 3 GemO / digitale Bereitstellung der Beratungsunterlagen bei öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats statt Auslage im Sitzungsraum.																			10,3	

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
24	04.12.2025	Stadt Fellbach	§ 5 Abs. 2 Satz 1 GemHVO / Verzicht auf die Angabe der Gesamtzahl der Stellen für das Vorjahr sowie der am 30. Juni des Vorjahres besetzten Stellen für die einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen im Stellenplan			x	15.12.2025												1,6				
25	11.12.2025	Stadt Ludwigsburg	Anlage 10 zu § 8 Abs. 1 S.1 EigBVO i.V.m. § 16 Abs. 1 EigBVO-Doppik / Verzicht auf detaillierte Aufschlüsselung der Forderungen und Verbindlichkeiten in der Bilanz			x	06.02.2026												8,1				
26	16.12.2025	Stadt Ludwigsburg	§ 95a GemO / Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung eines Erweiterten Beteiligungsberichtes für die Jahre 2025 bis 2028																			8,3	
27	16.12.2025	Stadt Freiburg im Breisgau	§ 95a GemO / Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung eines Erweiterten Beteiligungsberichtes für die Jahre 2025 bis 2028																			8,3	
28	17.12.2025	Stadt Ulm	VwV Kirchenaustritt / Schaffung der Möglichkeit eines elektronischen Kirchenaustritts über das Serviceportal Baden-Württemberg																			8,1	
29	17.12.2025	Stadt Ulm	Nr. 7 ZFeuVwV / Vereinfachung der Antragstellung für Hilfeleistungen in anderen Ländern																			8,1	
30	19.12.2025	Gemeinde Neuhausen (Enzkreis)	§ 116 Abs. 2 GemO / Abweichung von der Anforderungen an den Fachbediensteten für das Finanzwesen			x	11.02.2026												7,7				
31	19.12.2025	Gemeinde Neuhausen (Enzkreis)	§ 80 Abs. 2 GemO i.V.m. §§ 2 und 46 GemHVO / Befreiung vom Haushaltsausgleich bzw. der Erwirtschaftung der Abschreibungen																			7,9	
32	19.12.2025	Gemeinde Neuhausen (Enzkreis)	§ 89 Abs. 3 GemO / Grundsätzliche Erteilung von Kassenkreditermächtigungen zur Erfüllung von rechtlich bindenden Ansprüchen																			7,9	
33	19.12.2025	Gemeinde Neuhausen (Enzkreis)	§ 87 Abs. 1 und Abs. 2 i.V.m. § 78 Abs. 3 GemO / Gewährung von Kreditermächtigungen für Pflichtaufgaben unabhängig von der dauernden Leistungsfähigkeit																			7,9	
34	19.12.2025	Gemeinde Neuhausen (Enzkreis)	§ 80 Abs. 2 i.V.m. § 87 GemO / Gewährung von Kreditermächtigungen auch bei nicht erreichtem Haushaltsausgleich, Heranziehung von weiteren Indikatoren zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit																			7,9	
35	23.12.2025	Stadt Pfullendorf	§ 87 Abs. 1 und Abs. 2 GemO / Gewährung von Kreditermächtigungen auch bei nicht erreichtem Haushaltsausgleich und Befreiung von der Erwirtschaftung der Abschreibungen																			7,3	
36	29.12.2025	Stadt Meßstetten	§ 80 Abs. 2, §§ 2 und 46 GemHVO / Befreiung vom Haushaltsausgleich bzw. der Erwirtschaftung der Abschreibungen																			6,4	
37	09.01.2026	Gemeinde Muffingen	§ 80 Abs. 2 GemO, §§ 2 und 46 GemHVO sowie §§ 121, 122 und 123 GemO / Befreiung vom Haushaltsausgleich bzw. der Erwirtschaftung der Abschreibungen																			4,9	
38	12.01.2026	Stadt Karlsruhe	§ 95a GemO / Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung eines erweiterten Beteiligungsberichtes für die Jahre 2025 bis 2028																			4,4	
39	14.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 51 GemHVO / Verzicht auf Abdruck von Teilhaushalten im Jahresabschluss											x	27.01.2026	Antrag wurde mit Blick auf die anstehende Änderung der GemHVO zurückgenommen					1,9		
40	14.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 11 Abs. 1 GemKVO und § 28 Abs. 2 GemKVO / Abweichung von der handschriftlichen Unterzeichnung von Annahmeanordnungen sowie der fortgeschrittenen oder qualifizierten elektronischen Signatur																			4,1	
41	14.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 13 Abs. 3 FwG / Vereinfachung der Beendigung des ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes																			4,1	
42	15.01.2026	Gemeinde Kressbronn	§ 5 PStG-DVO / Verzicht auf landesrechtliche Gebührenregelungen im Personenstandswesen																			4,0	
43	20.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 68 Abs. 1 LPVG / Befreiung von der Regelung, dass der Leiter der Dienststelle oder sein Beauftragter und die Personalvertretung mindestens einmal im Vierteljahr zu gemeinschaftlichen Besprechungen zusammenkommen (hier: nur anlass- und themenbezogene Besprechungen).																			3,3	
44	20.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 74 Abs. 2 Nr. 4 LPVG / Befreiung von dem Mitbestimmungserfordernis des Personalrats bei Anordnung von Mehrarbeit oder Überstunden, Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft für Tarifbeschäftigte																			3,3	
45	20.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 75 Abs. 4 Nr. 3 LPVG / Befreiung von dem Mitbestimmungserfordernis des Personalrats über den Inhalt von Fragebögen für Mitarbeiterbefragungen																			3,3	
46	20.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 75 Abs. 1 Nr. 8 LPVG / Befreiung von dem Mitbestimmungserfordernis des Personalrats in Personalangelegenheiten der Beschäftigten bei zwei Monate überschreitender Übertragung einer anderen Tätigkeit																			3,3	
47	20.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 75 Abs. 1 Nr. 11 LPVG / Befreiung von dem Mitbestimmungserfordernis des Personalrats in Personalangelegenheiten der Beschäftigten bei Umsetzung innerhalb der Dienststelle, wenn sie mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden ist																			3,3	
48	20.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 75 Abs. 4 Nr. 1 c LPVG / Befreiung von dem Mitbestimmungserfordernis des Personalrats über Bestellung und Abberufung von Sicherheitsbeauftragten																			3,3	
49	20.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 74 Abs. 1 Nr. 6 LPVG / Befreiung von dem Mitbestimmungserfordernis des Personalrats über die Festsetzung der zeitlichen Lage des Erholungsurlaubs für einzelne Beschäftigte, wenn zwischen dem Leiter der Dienststelle und den beteiligten Beschäftigten kein Einverständnis erzielt wird																			3,3	
50	22.01.2026	Gemeinde Kressbronn	§ 37 Abs. 1 GemHVO / Durchführung der Inventur nur alle fünf Jahre											x	12.02.2026	Antrag wurde mit Blick auf die anstehende Änderung der GemHVO zurückgenommen					3,0		
51	22.01.2026	Gemeinde Kressbronn	§ 48 Abs. 2 GemHVO / Befreiung von der Bildung von Rechnungsabgrenzungsposten im Hinblick auf Grabnutzungsgebühren																			3,0	

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
52	22.01.2026	Gemeinde Kressbronn	§ 95a GemO / Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung eines Erweiterten Beteiligungsberichtes																			3,0	
53	22.01.2026	Stadt Heilbronn	§ 77 Abs. 3 GemO i.V.m. § 37 Abs. 1 GemHVO / Verzicht auf die Pflicht zur Durchführung von körperlichen Bestandsaufnahmen bei beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens in Flüchtlingsunterkünften, Schulen und Kindergärten																			3,0	
54	26.01.2026	Stadt Creglingen	§ 116 Abs. 2 GemO / Abweichung von den Anforderungen an den Fachbedensteten für das Finanzwesen			x	11.02.2026												2,3				
55	29.01.2026, Eingang beim IM am 03.02.2026	Stadt Hockenheim	§ 7 LBG / Befreiung von der Regelung, dass ein Beamtenverhältnis auf Zeit nur mit gesetzlicher Bestimmung begründet werden kann																			1,4	
56	29.01.2026	Stadt Hockenheim	§ 31 Abs. 1 Nr. 2 c) und d) DVO PolG / Anhalterecht für und Überwachung von Verkehrsverstößen auf allen Straßen und Wegen durch gemeindliche Vollzugsbedienstete																			2,0	Verständigungsverfahren in Vorbereitung. Anwendungsbereich des KommRegBefG nicht eröffnet, da der Antrag auf eine neue Aufgabe bzw. neue Befugnis für gemeindliche Vollbedienstete abzielte
57	29.01.2026	Stadt Hockenheim	§ 44 Abs. 3 PolG / Offener Einsatz technischer Mittel zur Bild- und Tonaufzeichnung an sämtlichen Orten, ohne dass es sich um einen kriminalitätsbelasteten Ort handeln muss																			2,0	Verständigungsverfahren in Vorbereitung. Anwendungsbereich des KommRegBefG nicht eröffnet, da Inhalte einer polizeigesetzlichen Eingriffsbefugnis nicht disponibel sind
58	02.02.2026	Stadt Ochsenhausen	§ 12 GemHVO / Einsatz der LuKIFG-Mittel ohne erneute Prüfung des § 12 GemHVO																			1,4	
59	02.02.2026	Stadt Ochsenhausen	§ 92 Abs. 3 GemO / Befreiung von der Vorlagepflicht von Gemeinderatsbeschlüssen über die Veräußerung von Vermögensgegenständen unter Wert																			1,4	
60	04.02.2026	Landkreistag Baden-Württemberg für 32 Landkreise	§ 6 Abs. 1 Satz 2 GemO / Verzicht auf die Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde bei neuen Wappen oder Flaggen																			1,1	
61	05.02.2026	Stadt Herrenberg	§ 13 Abs. 1 Nr. 5 FwG / Altersgrenze für Dienst in der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr von 65 auf 67 Jahre erhöhen																			1,0	
62	06.02.2026	Stadt Ulm	§ 95a GemO / Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung eines Erweiterten Beteiligungsberichtes für die Jahre 2025 bis 2028																			0,9	
63	09.02.2026	Stadt Ulm	§ 103 Abs. 1 Nr. 5a) GemO i.V.m. § 14 Abs. 3 EigBG und § 2 EigBVO-HGB / Einsparung durch Verzicht auf Doppelarbeit durch Verzicht auf EigBVO-HGB (Erstellung des Liquiditätsplan als Bestandteil des Wirtschaftsplans)																			0,4	
64	10.02.2026	Stadt Herrenberg	§ 78 Abs. 4 GemO / Befreiung von der Einzelannahme geringfügiger Spenden durch den Gemeinderat																			0,3	
65	10.02.2026	Stadt Herrenberg	§ 78 Abs. 4 S. 4 GemO / Befreiung von der jährlichen Übermittlung des Spendenberichts an die Rechtsaufsichtsbehörde oder im Falle einer Ablehnung die Ausnahme von Kleinstspenden bis einschließlich 500 €																			0,0	
66	11.02.2026	Stadt Rastatt	§ 5 Abs. 2 S. 1 GemHVO / Verzicht auf die Angabe der Gesamtzahl der Stellen für das Vorjahr sowie der am 30. Juni des Vorjahres besetzten Stellen für die einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen im Stellenplan																			0,0	

FM *Stichtag: 09.02.2026*

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	BVO, VwV BVO / Gutachterliche Stellungnahmen für die Beihilfestellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)																7				Verständigungsverfahren nicht notwendig, da keine Anpassung landesrechtlicher Regelungen erforderlich. Für den Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums gilt: Es ist keine Befreiung von einer landesrechtlichen Regelung erforderlich. Eine Ausnahmemöglichkeit besteht bereits gemäß § 18 Abs. 5 Satz 2 BVO bzw. § 64 Abs. 2 Satz 3 BVO in der ab 01.01.2026 gültigen Fassung. Die Verwaltungsvorschrift zur BVO ist zwischenzeitlich außer Kraft getreten.
2	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	§ 38 Abs. 1 und 4 LGrStG / Grundsteuer - Bewertung von Grundstücken durch Einzelgutachten											x	05.12.2025	Der Antrag wurde nach einem Gespräch mit der Antragstellerin zurückgenommen. Darin wurde dieser mitgeteilt, dass die begehrte Befreiung nicht vom Anwendungsbereich des KommRegBefrG umfasst ist.					6		
3	21.10.2025	Städtetag BW (gemeinsam mit 205 Mitgliedstädten /-gemeinden)	Zuwendungsrecht, Förderprogramme					x	01.01.2026, durch Inkrafttreten neue VV-LHO, Abschlussschreiben an KLVen vom 13.01.2026	Dem Antrag konnte hinsichtlich des Wunsches nach Verzicht auf detaillierte Nachweispflichten und stattdessen nur noch Abgabe einer einfachen Erklärung durch die Zuwendungsempfänger, dass die bewilligten Mittel im Sinne des jew. Förderprogramms verwendet und damit sachgerecht sowie entsprechend den geltenden Vorgaben eingesetzt wurden, überwiegend entsprochen werden. Nun modifizierte Verwendungsbestätigung, sowie Überprüfung einer Stichprobe von fünf Prozent der Verwendungsbestätigungen unter Anforderung weiterer Unterlagen auf Richtigkeit. Zusätzlich Einführung Vier-Augen-Prinzip auf Seiten der Kommune.											12				
4	02.02.2026	Stadt Ochsenhausen	§ 13 Landesstatistikgesetz / Umwandlung von verpflichtenden statistischen Erhebungen für die Gemeinden in freiwillige Erhebungen																			1,0	Unvollständiger Antrag. Das FM hat der Stadt Ochsenhausen mit E-Mail vom 10.02.2026 Gelegenheit gegeben, die landesrechtlichen Vorschriften zu nennen, von denen befreit werden soll. Auch Angaben zur angestrebten Art und Weise, mit der der Zweck der Regelung und ihrer übergeordneten Ziele auf andere Weise erreicht werden kann, hatte die Stadt nicht gemacht. Auch hierzu wurde sie aufgefordert.

KM **Stichtag: 09.02.2026**

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	§ 8 Abs. 2, 3,8 KiTaG / Verfahren bei der Umsetzung ändern											x	30.01.2026	ohne Begründung					14,0		Antrag war nicht vollständig
2	16.12.2025	Gemeinde Neuhausen/Erz	VwV Schulbau in der Fassung vom Dezember 2025, Ziff. 11.1 / Kostenberechnung der Dritten Gliederungsebene																			7,9	Abstimmung mit IM und FM muss erfolgen, da gemeinsame VwV
3	16.12.2025 (versendet an KM aber erst am 21.01.2026!)	Gemeinde Neuhausen/Erz	VwV Schulbau in der Fassung vom Dezember 2025, Ziff. 17.3 / Baufachliche Prüfung																			2,7	Abstimmung mit IM und FM muss erfolgen, da gemeinsame VwV
4	22.01.2026	Gemeinde Kronau	Erlass sicherer Schulweg / Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Schulwegeplans																			2,6	Abstimmung mit IM und VM
5	27.01.2026	Stadt Creglingen	VwV Schulbau in der Fassung vom Dezember 2025, Ziff. 11.1 / Kostenberechnung der Dritten Gliederungsebene																			1,9	Abstimmung mit IM und FM , da gemeinsame VwV
6	29.01.2026	Stadt Hockenheim	§ 1a Abs. 1 KiTaVO / Einsatz von Zusatzkräften über das in der Norm erlaubten Maß hinaus.																			1,6	
7	02.02.2026	Stadt Ochsenhausen	VwV Schulbau in der Fassung vom Dezember 2025, Ziff. 11.1 / Kostenberechnung der Dritten Gliederungsebene																			1,0	Abstimmung mit IM und FM muss erfolgen, da gemeinsame VwV
8	02.02.2026	Stadt Ochsenhausen	VwV Schulbau in der Fassung vom Dezember 2025, Ziff 17.3 / Baufachliche Prüfung																			1,0	Abstimmung mit IM und FM muss, da gemeinsame VwV
9	09.02.2026	Stadt Ochsenhausen	Förderprogramm "Sprachkitas" / Antragsteller möchte die jährliche Antragstellung und Verwendungsnachweiserstellung nicht mehr umsetzen und die Mittel ohne Antrag und Verwendungsnachpreisprüfung erhalten bis zu einer Änderung seiner Praxis																			0,0	

UM *Stichtag 09.02.2026*

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	§ 18 KlimaG BW / keine Datenübermittlung											x	22.01.26	ohne Begründung nach erfolgter Anhörung					12,9		
2	12.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 29 WG (Gewässerrandstreifen) / Verzicht für den Bau von Radwegen	telefonisches Verständigungsverfahren mit LKrT am 15.01.26; schriftliches Verständigungsverfahren in Abstimmung mit IM am 26.01.26							x	06.02.2026	"Jedermannsregelung", Anwendungsbereich des Gesetzes nicht eröffnet; Rechte Dritter stehen entgegen						12,3			
3	20.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	16.3 Förderrichtlinie Wasserwirtschaft (Antrag 86) / Zuständigkeit für die Weiterleitung der gemeindewirtschaftlichen Überprüfung	18.12.2025/14.1.2025										x	21.01.2026	Es wurde ein weitergehender Antrag gestellt					8,9		
4	20.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer 3.4 der VwV Abwasserbeseitigung ländlicher Raum / Absehen von Vor-Ort-Kontrollen der dezentralen Anlagen zur Abwasserbeseitigung	Beratung (per Videokonferenz)' Ref. 53 mit LKrT und LRA Alb-Donau-Kreis am 28.01.2026 und am 05.02.2026 (mit Ref. 51); schriftliches Verständigungsverfahren in Abstimmung mit IM am 09.02.26																		11,6	
5	21.11.2025	Stadt Adelsheim	§ 18 KlimaG BW / keine Datenübermittlung und keine Datenerfassung	kurz vor Beginn Anhörung im schriftlichen Verfahren, weil Verstoß gegen überragende Gründe des Gemeinwohls und Bundesrecht																		11,4	
6	21.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg für 34 Landkreise	§ 23 Abs. 7 KlimaG BW, § 10 PVPf-VO / Verzicht auf Einforderung von Erfüllungserklärungen	Schriftliches Verständigungsverfahren am 29.01. eingeleitet.																		11,4	
7	27.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 55 WG / Streichung der Voraussetzung "soweit das Vorhaben einen naturnahmen Ausbau des Gewässers bezweckt"																			10,6	
8	28.11.2025	Gemeinde Allmendingen	§ 33a Naturschutzgesetz / Aussetzung der Genehmigungspflicht bei der Umwaldung von Streuobstbeständen																			10,4	Verständigungsverfahren wird zeitnah eingeleitet da die Stadt auf das Angebot zur Rücknahme nicht reagiert hat und eine Genehmigung nicht erteilt werden kann, da die Befreiung von einer "Jedermannspflicht" beantragt wurde.
9	04.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg für 30 Landkreise	§ 18 KlimaG BW / keine Datenübermittlung	schriftliches Verfahren am 5.2.26 durchgeführt, keine Einigung, weil Verstoß gegen überragende Gründe des Gemeinwohls und Bundesrecht																		9,6	
10	04.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg für 30 Landkreise	§ 9 Abs. 2 Satz 3 KlimaG BW / Reduzierung der Dokumentationspflichten zu den Grundsätzen des nachhaltigen Bauens bei Förderprogrammen des kommunalen Hochbaus																			9,6	Antrag wurde nach Anhörung (17.02.26) zurückgenommen, da eine Befreiung von § 9 Abs. 2 Satz 3 KlimaG BW kein tauglicher Antragsgegenstand nach dem KommRegBefrG ist.
11	09.12.2025	Gemeinde Schallbach	§ 18 KlimaG BW / keine Datenübermittlung und keine Datenerfassung																			8,9	Antrag noch nicht vollständig eingereicht
12	10.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg (stellvertretend für 22 Landkreise)	§ 3 Abs. 4 LKreiWiG / Verzicht auf die Weiterleitung des Abfallverwertungskonzeptes von der Baurechtsbehörde an die Abfallrechtsbehörde. Abfallrechtsbehörde soll künftig nur noch anlassbezogen das Konzept prüfen es es sich dann direkt vom Abfallerzeuger geben lassen.																			8,7	Antrag noch nicht vollständig eingereicht. Daher hat am 06.02.2026 ein Gespräch zwischen UM und dem Landkreistag stattgefunden, der Landkreistag wurde auf die noch offenen Punkte/fehlenden Unterlagen hingewiesen. Der Landkreistag wird nun seinen Antrag entsprechend ergänzen.
13	10.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Verzicht auf jährliche Schwerpuktaktionen für die Gewerbeaufsicht																			8,7	Antragsgegenstand unterfällt nicht dem Anwendungsbereich des KommRegBefrG, da sich nicht um eine Regelung im Sinne von § 2 KommRegBefrG handelt.
14	10.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Praxisleitfaden Windkraft / Verzicht auf nicht im BImSchG geregelten Melde- und Berichtspflichten an die Stabstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz (StEWK) beim Regierungspräsidium																			8,7	Die Forderung aus dem Antrag hat sich bereits durch die seit Oktober 2025 laufende Überarbeitung des Praxisleitfadens Windkraft zur Anpassung an die aktuelle Rechtslage erledigt. Die benannten Berichtspflichten wurden wegen entfallener Notwendigkeiten bereits gestrichen. Der Praxisleitfaden wird nach Mitzeichnung durch die betroffenen Ressorts veröffentlicht werden.
15	10.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg stellvertretend für 34 Landkreise	Ziffer 3.19 Landschaftspflegerichtlinie / Aussetzung des Schriftformerfordernisses																			8,7	
16	12.12.2025	Stadt Metzingen	§ 33a Naturschutzgesetz / Aussetzung der Genehmigungspflicht bei der Umwaldung von Streuobstbeständen											x	28.01.2026	Antrag wurde zurückgenommen, da die Befreiung von einer "jedermanns-Pflicht" beantragt wurde, dies war nicht genehmigungsfähig.					6,7		
17	18.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	16.3. Förderrichtlinie Wasserwirtschaft / Entfall der gemeindewirtschaftlichen Prüfung und der Überprüfung des maßgeblichen Entgelts																			7,6	Teilweise Erledigung durch Änderung des FM der VV zu § 44 LHO
18	23.12.2025	Stadt Philippsburg	§ 33a Naturschutzgesetz / Aussetzung der Genehmigungspflicht bei der Umwaldung von Streuobstbeständen																			6,9	Verständigungsverfahren wird zeitnah eingeleitet, da die Stadt das Angebot zur Rücknahme nicht angenommen hat und eine Genehmigung nicht erteilt werden kann, da die Befreiung von einer "Jedermannspflicht" beantragt wurde.
19	29.12.2025	Gemeinde Waldachtal	§ 27 KlimaGBW / Antrag auf Aufgabenverzicht (Wärmeplanung)											x	28.01.26	Die antragstellende Gemeinde wurde darauf hingewiesen, dass der Antrag nicht vollständig war und dass es sich bei der Thematik um Bundesrecht handelt. Der Antrag wurde daraufhin zurückgenommen.					4,3		

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
20	30.12.2025	Gemeinde Edingen-Neckarhausen	KompVzVO / Aussetzung der Pflicht zur digitalen und einheitlichen Erfassung von naturschutzrelevanten Kompensationsmaßnahmen im Kompensationsverzeichnis über die neue Online-Anwendung											x	03.02.2026	Auf den Hinweis, dass für die Gemeinde bereits ein Antrag in stellvertretung durch den Gemeindetag gestellt wurde, erfolgte die Rücknahme.					5,0		
21	31.12.2025	Gemeindetag Baden-Württemberg stellvertretend für 156 Gemeinden	KompVzVO / Aussetzung der Pflicht zur digitalen und einheitlichen Erfassung von naturschutzrelevanten Kompensationsmaßnahmen im Kompensationsverzeichnis über die neue Online-Anwendung																			5,7	Da der Antrag bislang unvollständig ist, hat der Gemeindetag Gelegenheit bekommen, den Antrag nochmals zu überarbeiten und zu vervollständigen. Danach ist ein Verständigungsverfahren geplant, da der Antrag nach Einschätzung des UM voraussichtlich nicht genehmigungsfähig ist.
22	08.01.2026	Gemeindetag Baden-Württemberg stellvertretend für 201 Gemeinden	§ 18 KlimaG BW / keine Datenübermittlung und keine Datenerfassung																			4,6	Antrag noch nicht vollständig eingereicht
23	14.01.2026	Gemeinde Limbach	§ 33a Naturschutzgesetz / Aussetzung der Genehmigungspflicht bei der Umwaldung von Streuobstbeständen																			3,7	Zeitnah wird ein schriftliches Angebot zur Rücknahme des Antrags gemacht, da dieser nicht genehmigungsfähig ist.
24	15.01.2026	Gemeinde Kressbronn	§ 33a Naturschutzgesetz / Aussetzung der Genehmigungspflicht bei der Umwaldung von Streuobstbeständen																			3,6	Zeitnah wird ein schriftliches Angebot zur Rücknahme des Antrags gemacht, da dieser nicht genehmigungsfähig ist.
25	04.02.2026	Gemeinde Ochsenhausen	§ 3 Abs. 3 LBodSchAG und § 60 NatschG / Aufgabenverzicht bzw. alternative Form der Aufgabenerledigung																			0,7	
26	04.02.2026	Stadt Ochenhausen	§ 60 NatSchG / Verzicht auf die Beteiligung von Naturschutzbeauftragten an der Stellungnahme der unteren Naurschutzbehörde zu Bauleitplänen																			0,7	Zu dem Antrag muss zunächst Rücksprache mit der Stadt und der UNB Biberach gehalten werden, § 60 NatSchG fällt nicht in den formalen Anwendungsbereich des KommRegBefrG
27	04.02.2026	Stadt Herrenberg	§ 18 KlimaG BW / keine Datenübermittlung	Schriftliches Verständigungsverfahren eingeleitet.																		0,7	
28	05.02.2026	Stadt Herrenberg	§ 23 KlimaG BW: Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen bei Neubau und Dachumbau.																			0,6	Antrag auch an MLW gerichtet, siehe Ziff. 28 im MLW-Reiter;

WM *Stichtag 09.02.2026*

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (zB. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (zB. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	Antrag vom 20.10.2025, Eingang am 28.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	Verordnung über Arbeitsstätten (ArbStättV) / Anhang Anforderungen und Maßnahmen für Arbeitsstätten nach § 3 Absatz 1: Anhang 3.4 Beleuchtung und Sichtverbindung											x	06.02.2026	Rücknahme des Antrags, da Bundesrecht betroffen.					14,4		
2	29.10.2025	Stadt Tübingen	Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) / **1.** Befreiung von der Pflicht zur Einholung von Verpflichtungserklärungen nach dem LTMG. Stattdessen vertragliche Regelung der Bindung des Auftragnehmers an die in den §§ 3 und 4 LTMG genannten Arbeitsbedingungen und Entgeltregelungen sowie an die repräsentativen Tarifverträge. **2.** Befreiung vom LTMG insgesamt.		Konkretisierung des Befreiungsgegenstandes sowie der darzulegenden alternativen Zweckerreichung, da der Antrag zunächst zu unbestimmt war.	x	20.01.2026												11,9				
3	29.10.2025	Stadt Tübingen	Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) / 2. Befreiung vom LTMG insgesamt.											x	16.12.2025	Rücknahme nach Mitteilung des WM, dass die Befreiung vom ganzen Gesetz nicht möglich ist.					6,9		
4	Antrag vom 18.11.2025, Eingang am 25.11.2025	Stadt Heidelberg	1. § 21 Abs. 1a ArbSchG i.V.m § 1 Nr. 1 ArbSchGZuVO / Befreiung in Bezug auf die Erfüllung der Mindestbesichtigungsquote 2. organisatorische Rückübertragung an das Land/RP oder unterstützende Übernahme von Aufgaben im Bezug auf Mindestbesichtigungsquote																			10,9	Antrag wird aus fachlicher Sicht abgelehnt (Bundesrecht betroffen), Antragsteller wurde vom WM kontaktiert und Zurückziehen des Antrags nahegelegt, Antwort steht noch aus.
5	Antrag vom 22.12.2025, Eingang am 29.12.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	1. § 21 Abs. 1a ArbSchG i.V.m § 1 Nr. 1 ArbSchGZuVO / Befreiung in Bezug auf die Erfüllung der Mindestbesichtigungsquote 2. organisatorische Rückübertragung an das Land/RP oder unterstützende Übernahme von Aufgaben im Bezug auf Mindestbesichtigungsquote																			6,0	Antrag wird aus fachlicher Sicht abgelehnt (Bundesrecht betroffen), WM wird Antragsteller kontaktieren und Zurückziehen des Antrags nahelegen.
6	20.01.2026	Stadt Herrenberg	§ 2 Abs. 2 Landesgaststättengesetz (LGastG) / Wegfall des besonderen Erlasses bei der Ausübung eines vorübergehenden Gaststättengewerbes																			2,9	Antrag bislang noch nicht vollständig eingereicht.
7	Antrag vom 28.01.2026, eingegangen am 02.02.2026	Stadt Winnenden	§§ 2 bis 6 und § 7 LTMG bzw. LTMG als Ganzes / Befreiung von der Anwendung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) komplett																			1,0	Der Antrag befindet sich noch in der Prüfung in Abstimmung mit IM und VM
8	04.02.2026	Stadt Herrenberg	§§ Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) (Verpflichtungserklärung) bzw. Landestariftreue- und Mindestlohngesetz als Ganzes / Im Bereich der Vergaben von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen (öffentlichen Personenverkehr)																			0,7	Der Antrag befindet sich noch in der Prüfung in Abstimmung mit IM und VM
9	05.02.2026	Stadt Herrenberg	LTMG und VwV Beschaffung & Dokumentationspflicht / Nachunternehmererklärungen und Dokumentationspflichten im Rahmen des Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) sowie VwV Beschaffung & Dokumentationspflichten																			0,6	Der Antrag befindet sich noch in der Prüfung in Abstimmung mit IM und VM

SM *Stichtag 09.02.2026*

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	03.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer 9 Heilpraktikervorschrift (HP-VwV) / Aussetzen der Anzeigeobliegenheit von Heilpraktikern			x	28.01.2026												12,3				
2	12.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 8 Abs. 1 Nr. 1 und § 9 Abs. 5 Hebammenberufsordnung (HebBO) / Verzicht auf hebammenrechtliche Anzeigepflichten			x	28.01.2026												11,0				
3	20.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer 4.2 Buchstabe e) der VwV Integrationsmanagement 2023 / Es wird eine Abweichung derart beantragt, als dass durch die Koordinierenden Stellen nurmehr eine Vernetzungsveranstaltung anstelle von vier Veranstaltungen verpflichtend durchzuführen ist.			x	11.02.2026												11,9				Stattgabe unter der Auflage nach § 36 Abs. 2 Nr. 4 LVwVfG, dass am Ende der Erprobung eine Berichterstattung gegenüber dem SM zu leisten ist.
4	27.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Nr. 6.6 VwV kommunale Behindertenbeauftragte i.V.m. VV-LHO Nr. 10 zu § 44 LHO / Befreiung von der Pflicht zur Vorlage eines Verwendungsnachweises																			10,6	
5	04.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Reduzierung des Umfangs der jährlich an das SM zu übermittelnde Daten zu den nachgeholten Früherkennungsuntersuchungen.																			9,6	Es liegt kein vollständiger Antrag i. S. d. KommRegBefrG vor, da dem Begehren keine landesrechtliche Regelung zugrunde liegt. Der Antragsteller wurde daher gebeten, den Antrag zu überprüfen und ggf. zurückzunehmen. Dem Begehren zur Reduzierung des Datenumfangs wurde durch Mitteilung an die Gesundheitsämter entsprochen.
6	10.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Verzicht auf den Verwendungsnachweis gemäß Nr. 5.7 der VwV kommunale Gleichstellungsbeauftragte i. V. m. Nr. 10 der VV zu § 44 LHO.																			8,7	
7	02.02.2026	Stadt Ochsenhausen	Grundsätze des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg zur Förderung der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen vom 25.05.2020, Az: 23-6972.1/7, 4.1 / Zuwendungsvoraussetzungen, Form und Höhe der Zuwendung.																			1	
8	04.02.2026	Stadt Bräunlingen	§ 10 Abs. 1 Landes-Behindertengleichstellungsgesetz / Pflicht zur barrierefreien Gestaltung medialer Angebote																			0,7	

JuM ***Stichtag 09.02.2026***

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	03.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Befristete Außerkraftsetzung einzelner Zustimmungsvorbehalte der Regierungspräsidien bei ausländerrechtlichen Entscheidungen der Landkreise als untere Ausländerbehörde																			14,0	Der hat Antragsteller hat die Begründung seines Antrags mit Schreiben vom 20.01.2026 ergänzt; der Antrag wird aktuell geprüft, eine Entscheidung wurde bislang noch nicht getroffen.

VM *Stichtag 09.02.2026*

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	Erlass VM5-3862-1/12/20 / Erlass über die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 70 StVZO											x	30.01.2026	Antrag wurde nach der Mitteilung, dass dieser unvollständig ist, ohne Begründung zurückgenommen.					14,6		
2	20.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	§ 38 StVO, § 52 StVZO, § 125 PolG BW, §31 DVO PolG BW / Verwendung von blauem Blinklicht und Sonderrechten im Straßenverkehr	durchgeführt mit Schreiben vom 30.12.2025 mit dem Ergebnis, dass aufgrund eines Verstoßes gegen Bundesrecht der Antrag abzulehnen ist							x	20.01.2026	Antrag konnte nicht stattgegeben werden, weil Bundesrecht (§ 42 Abs. 3 S. 1 StVZO) entgegensteht.							13,1			
3	29.10.2025	Stadt Tübingen	§ 7 Abs. 2 und 3 LMG / Befreiung von der Übermittlungspflicht nach § 7 Absatz 2 LMG Abweichung von der Berichtspflicht nach § 7 Absatz 3 LMG			x	19.12.2025												7,0				Im Hinblick auf die Befreiung von der Berichtspflicht nach § 7 Abs. 3 LMG konnte keine Befreiung erfolgen, da keine Verpflichtung für Kommunen vorliegt.
4	12.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 9 Abs. 7 Satz 2 ÖPNVG / Befreiung der Nachweispflicht der kommunalen Aufgabenträger gegenüber dem Land zur Verwendung der jährlichen Verbundförderung nach § 9 Abs. 4 und 6 ÖPNVG / Abweichung von § 9 Abs. 7 S. 2 ÖPNVG			x	12.12.2025												4,0				Die Genehmigung wurde mit der Auflage gemäß § 36 Absatz 2 Nummer 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) erteilt, dass jeder der vorbezeichneten Landkreise auf Aufforderung des Ministeriums für Verkehr die Verwendung der Zuweisungen im jeweiligen geforderten Umfang innerhalb einer ordnungsgemäßen Frist nachzuweisen hat.
5	20.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Erlass über die Feststellung der Gemeindeverbindungsstraßen / Verzicht auf die routinemäßige jährliche Meldung der Längen von Gemeindeverbindungsstraßen an das Statistische Landesamt																			11,6	
6	18.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Nr. 8 der VwV-LGVFG i. V. m. Nr. 3.3.4 VV zu § 7 LHO / Verzicht auf die (abschließende) Erfolgskontrolle bei Maßnahmen nach der VwV-LGVFG																			7,6	
7	08.01.2026	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer 6 Abs. 5 i. V. m. Ziffer 9 des Förderprogramms Regiobuslinien / Befreiung von der Verpflichtung, 5 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten in Marketingmaßnahmen in Bezug zur Regiobuslinie zu investieren																			4,6	
8	08.01.2026	Landkreistag Baden-Württemberg	Nr. 2.2.4 und Anlage 2.1 von Teil A, Ziffer V der VwV LGVFG / Verzicht auf die Berechnung des Klimabonus gem. VwV LGVFG bei Radwegen																			4,6	
9	08.01.2026	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer 5.9 i. V. m. den Ziffern 6.3 und 9 der Förderrichtlinie "On-Demand-Verkehre" des Landes / Befreiung von der Verpflichtung, mindestens 5 Prozent der Fördersumme in Marketingmaßnahmen für die beantragten On-Demand-Verkehre zu investieren																			4,6	
10	08.01.2026	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer 5.2 der Förderrichtlinie "On-Demand-Verkehre" des Landes / Befreiung von der Vorgabe aus der einschlägigen Förderrichtlinie, das Bedienegebiet zwingend auf ein Ober- oder Mittelzentrum auszurichten und bis zum letzten Förderjahr eine festgelegte Bedienegebietsgröße zu erreichen																			4,6	
11	08.01.2026	Landkreistag Baden-Württemberg	VwV LGVFG v. 21.02.2025, Nr. 3.2 Vorgaben zum Antrag, Nr. 3.7.1 Nachweis der Verwendung, Nr. 2.1 Unterlagen Programmanmeldung, Nr. 2.2 Unterlagen für den Antrag, Nr. 2.7.1 Nachweis der Verwendung / Nur noch ein Sicherheitsaudit bei Forderungen nach dem LGVFG																			4,6	
12	16.01.2026	Landkreistag Baden-Württemberg	Erlass für mehr Sicherheit und Leichtigkeit für den Radverkehr durch den richtigen Einsatz von Sperrpfosten und anderen Verkehrseinrichtungen / Verzicht auf die Vorschriften des Erlasses																			3,4	

MLR *Stichtag 09.02.2026*

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	22.10.2025	Stadt Calw	§ 37 LWaldG / 2-m-Regel	durchgeführt am 17.12.2025 mit dem Ergebnis, dass eine Verständigung nicht erzielt werden kann							x	23.12.2025	Antrag konnte nicht stattgegeben werden, weil, eine Zuständigkeitsverschiebung vom Anwendungsbereich des KommRegBefrG nicht umfasst ist.							8,9			
2	03.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 15 Abs. 4 Satz 1 JWMG / Genehmigung der Satzung der Jagdgenossenschaft durch die unteren Jagdbehörden			x	29.01.2026												12,4				geändert dahingehend, dass der UIB ein Beanstandungsrecht der angezeigten Satzung eingeräumt wurde, weil der Antrag eine solche nicht vorgesehen hat
3	03.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 7 Abs. 9 Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG) / "Soll die Genehmigung für ein Rechtsgeschäft, an dem eine Gemeinde oder ein Landkreis beteiligt ist, versagt oder durch Auflagen oder Bedingungen eingeschränkt werden, entscheidet die zuständige Behörde mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde."																				14,0	Antrag war zunächst nicht vollständig eingereicht worden.
4	03.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 1 Abs. 1 Nr. 2 ASVG / Anzeigepflicht von Landpachtverträgen durch den Verpächter bei der Landwirtschaftsbehörde																				14,0	Antrag war zunächst nicht vollständig eingereicht worden.
5	03.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 5 Satz 1 ASVG / Auf Antrag Ausstellung eines Zeugnisses über die Genehmigungsfreiheit (Negativzeugnis)																				14,0	Antrag war zunächst nicht vollständig eingereicht worden.
6	03.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Anzahl der Pflanzenschutz-Audits (bisher jährlich) Nr. 5.1 der übergeordneten Verfahrensanweisung für die Überwachungsbehörden im Pflanzenschutz und in der Pflanzengesundheit (ÜVAV) des MLR für das Audit nach EU VO 2017/625; Artikel 3 Nr. 30 VO (EU) 2017/625; Verordnung (EU) 2017/625 Kontrollverordnung Artikel 6	durchgeführt am 28.01.2026; Ergebnis: Genehmigung mit Nebenbestimmung				x	03.02.2026	Dem Antrag konnte grundsätzlich entsprochen werden, jedoch wurde die Genehmigung mit einem Widerrufsvorbehalt in den Nebenbestimmungen ausgestattet für den Fall, dass die EU-Kommission die Entscheidung beanstandet.										13,1				
7	06.11.2025 12.11.2025 E-Mail-Eingang	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 17c Abs. 2 LLG / Dokumentationspflichten für integrierten Pflanzenschutz (IPSplus) - Dokumentation und Kontrolle nach 17c Abs. 2 LLG																				12,7	
8	12.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 2 AGFlurbG i.V.m. § 21 FlurbG / Verzicht auf ein nicht-beteiligtes Vorstandsmitglied bei Flurbereinigungsverfahren			x	05.02.2026												12,1				
9	12.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer 2.4 der VwV Planfeststellung Flurneuordnung (VwV Pfafe Flur) / Streichung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung im Flurbereinigungsverfahren																				12,7	
10	12.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§§ 1 Abs.1, 37 FlurbG / Auswahlermessen bei der Unteren Flurneuordnungsbehörde über die Mitwirkung von Trägern öffentlicher Belange in Flurbereinigungsverfahren			x	05.02.2026												12,1				
11	20.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	VwV kommunale Beihilfen im Agrarsektor Nrn. 4.1 bis 4.3 / auf die Bündelungsfunktion der LRA und RPen soll verzichtet werden und die Gemeinden direkt ans MLR melden																				11,6	
12	26.11.2025	Gemeinde Argenbühl	§ 4 Nr.5 ASVG / Genehmigungspflicht für Gemeinden beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken																				10,7	
13	27.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 27 Abs. 1 Zweite GAP-Reform-Verordnung BW - Zweite GAPReFVO BW bzw. Vorgabe in der innerdienstlichen Anweisung des MLR vom 13.05.2025, Anlage 6 Ziffer 6 / Nachweispflicht des Vorkommens von mindestens vier Kennarten auf kartierten FFH-Mähwiesen (Kulisse) bei Beantragung der Ökoregel 5																				10,6	
14	28.11.2025	Gemeinde Rosenberg	§ 4 Nr.5 ASVG / Genehmigungspflicht für Gemeinden beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken																				10,4	
15	03.12.2025	Gemeinde Angeltbachtal	§ 4 Nr.5 ASVG / Genehmigungspflicht für Gemeinden beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken																				9,7	
16	04.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer 4.2.1 PWaldVO VwV in Verbindung mit § 5 Satz 1 PWaldVO / maximale Vertragslaufzeit bei der "fallweisen Betreuung" soll durch eine automatische Vertragsverlängerung ersetzt werden (mit sechs monatiger Kündigungsfrist)																				9,6	geändert dahingehend, dass auch bei der automatischen Vertragsverlängerung und einem damit einhergehenden Folgeantrag eine De-Minimis-Erklärung durch den Waldbesitzenden abzugeben ist
17	04.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Anlage 01 zur PWaldVO VwV in Verbindung mit § 5 PWaldVO / LRA muss aktuell relevanten De-minimis-Zuwendungen in die eigene Datenbank FOKUS eintragen. In Zukunft soll der Antragsteller nur noch ankreuzen , dass er unter 300.000 € bleibt																				9,6	geändert in Bezug auf die Art der Eintragung (Eintragung der Gesamtsumme der De-minimis-Zuwendungen), weil nur so den aus EU-Recht folgenden Pflichten entsprochen werden kann
18	10.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 9 Abs. 1 LWaldG / bei Waldumwandlungen im Rahmen von Windenergievorhaben außerhalb des Anlagenstandorts - keine zusätzliche Genehmigung der höheren Forstbehörde	schriftliches Verständigungsverfahren wurde am 10.02.2026 eingeleitet																			8,7	
19	19.12.2025	Stadt Pfullendorf	§ 4 Nr.5 ASVG / Genehmigungspflicht für Gemeinden beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken																				7,4	
20	12.01.2026	Gemeinde Obersontheim	§ 4 Nr.5 ASVG / Genehmigungspflicht für Gemeinden beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken																				4	
21	14.01.2026	Gemeinde Limbach	§ 4 Nr.5 ASVG / Genehmigungspflicht für Gemeinden beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken																				3,7	
22	15.01.2026	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer. 1 der Anweisung für Anordnung, Änderung uns Abschluss von Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (AAF) / Verzicht auf Kabinettsbeschluss bei der Anordnung kleiner und thematisch klar begrenzter Flurbereinigungsverfahren																				3,6	

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
23	15.01.2026	Gemeinde Kressbronn	§ 4 Nr.5 ASVG / Genehmigungspflicht für Gemeinden beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken																			3,6	
24	19.01.2026	Gemeinde Ibach	§ 4 Nr.5 ASVG / Genehmigungspflicht für Gemeinden beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken																			3	
25	19.01.2026	Gemeinde Dachsberg	§ 4 Nr.5 ASVG / Genehmigungspflicht für Gemeinden beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken																			3	

MLW *Stichtag 09.02.2026*

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
1	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	§ 2 GEG / Erstellung von Interimsgebäuden mit beschränkter Nutzungszeit, Ziffer 7 des Sammelantrags																			15,4	Antrag nicht vollständig eingereicht;
2	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	§ 12 LBO / (Anm.: korrekt wäre der Verweis auf die Versammlungsstättenverordnung) --> betrifft gendernetutrale Toiletten, Ziffer 11 des Sammelantrags	ja										x	16.01.2026						12,0		
3	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	§ 17 LBO / (Anm.: korrekt wäre der Verweis auf die Versammlungsstättenverordnung) --> Aussetzung der Anforderung einer Lüftungsanlage, Ziffer 12 des Sammelantrags	ja										x	16.01.2026						12,0		
4	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	§ 1 LBO / (Anm.: korrekt wäre der Verweis auf die Versammlungsstättenverordnung) --> Erhöhung des Schwellenwerts für die Anwendbarkeit der VStättVO, Ziffer 13 des Sammelantrags	Ja										x	16.01.2026						12,0		
5	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	§ 6 Bausachverständigenverordnung / --> Elektrofachkraft soll als Sachverständiger für die dort genannten Prüfungen ausreichen, Ziffer 23 des Sammelantrags	Ja										x	16.01.2026						12,0		
6	24.10.2025	Landeshauptstadt Stuttgart	Landesdenkmalschutzgesetz / Teilweise sind bauliche Ausführungen denkmalgeschützt, die schon zur Zeit der erstmaligen Erstellung nicht (mehr) Stand der Technik waren. In solchen Fällen sollte eine Sanierung nach aktuellem Stand der Technik möglich sein.Grundsätzlich sind pädagogisch-inhaltliche Notwendigkeiten höherrangig zu bewerten als denkmalschützerische Belange. Es soll eine Ergänzung im Landesdenkmalschutzgesetz vorgenommen werden. Die Wirtschaftlichen Auswirkungen sollen als zusätzlicher Faktor in die Ermessensbeurteilung aufgenommen werden, bzw. eine Reduzierung des Ermessensspielraums zu Gunsten modernerer pädagogischer Ansätze."	Ja										x	16.01.2026						12,0		
7	04.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 54 Abs. 1 LBO / Umgestaltung nach Maßgabe des Art. 65 Satz 3 BayBO (Rücknahmefiktion unvollständiger Bauanträge nach fruchtlosem Fristablauf)	Ja							x	02.02.2026								12,9			
8	04.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 62 Abs. 1 LBO / Erweiterung der Geltungsdauer der Baugenehmigung von 3 auf 5 Jahre	Ja													x	03.02.2026	13,0				
9	10.11.2025	Weil der Stadt	§ 7 Abs. 5 DSchG / Zuständigkeitsverlagerung	Ja										x	23.01.2026						10,6		
10	14.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 54 Abs. 1 LBO / Umgestaltung nach Maßgabe des Art. 65 Satz 3 BayBO (Rücknahmefiktion unvollständiger Bauanträge nach fruchtlosem Fristablauf);	Ja																		12,4	
11	14.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 62 Abs. 1 LBO / Erweiterung der Geltungsdauer der Baugenehmigung von 3 auf 5 Jahre --> Folgeantrag mit weiteren Landkreisen	Ja																		12,4	
12	17.11.2025	Tengen	§§ 14 und 15 LBO und § 12 DSchG / Verzicht auf 2. Rettungsweg, automatische Brandmelde- und Löschanlage in bestimmten Bereichen und Umbau der Decken, moderne Technik	Ja										x	22.01.2026						9,4		
13	21.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 21 Abs. 3 VermG i.V. mit Nrn. 31.1. u. 32.4 VwVLK / Befreiung von den Qualifikationsanforderungen an das Personal bei der Durchführung von Liegenschaftsvermessungen und zur Übernahme in das Liegenschaftskataster											x	23.01.2026						9,0		
14	27.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 9 Abs. 4 LBO / Änderung Festlegung Höhe der Stellplatzablöse (soll durch Gemeinde statt durch Baurechtsbehörde erfolgen)	Ja																		10,6	
15	27.11.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 53 Abs. 1 LBO / Verzicht auf Antragserfordernis bei Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen	Ja																		10,6	
16	01.12.2025	Stadt Tübingen	§ 2 IV.m. § 8 LBOVVO / Verzicht auf Entwässerungsplan bei Errichtung von PV-Überdachungen auf Parkplätzen	Ja										x	14.01.2026						6,3		
17	04.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	Ziffer 3c von Anhang 1 zu § 50 Abs. 1 LBO / Die geltende Verfahrensfreiheit von FF-PV-Anlagen soll auch Einzäunungen umfassen																			9,6	
18	04.12.2025	Landkreistag Baden-Württemberg	VStättVO und VwV Brandverhütungsschau / Prüfungen nach VStättVO und VwV Brandverhütungsschau sollen in einem einheitlichen, erweiterten Prüfverfahren zusammengeführt werden																			9,6	
19	04.12.2025	Stadt Tübingen	§ 37 LBO / Verzicht auf die Verpflichtung zur Herstellung notwendiger Stellplätze im Gebiet der Kernstadt Tübingen	Ja										x	14.01.2026						5,9		
20	17.12.2025	Stadt Ulm	§ 58 Abs. 1 Satz 7 Halbsatz 2 LBO / Bekanntgabe der Baugenehmigung an sonstige Nachbarn, deren Belange berührt sein können																			7,7	
21	19.12.2025	Stadt Ulm	Nrn. 19.4.3.3.1.2 und 19.4.3.3.2.1 des Geb-VZ in der Anlage der GebVO-MLW / Befreiung von der Verpflichtung, Gebühren für Auszüge aus dem Liegenschaftskataster zu erheben.																			7,4	
22	19.12.2025	Stadt Pfullendorf	Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom 15.02.2017 / Befreiung von der Anwendung des Hinweispapiers zur Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise																			7,4	
23	19.12.2025	Stadt Pfullendorf	Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg / Befreiung vom Anbindegebot des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg	Ja																		7,4	IM empfiehlt Kontakt mit ASt. wegen Rücknahme Stand 02.02.2026: Keine Rücknahme erfolgt
24	23.12.2025	Gemeinde Weissach	§ 50 Abs. 2 Nr. 1 LBO / Verzicht auf Einreichung eines Bauantrags für eine Nutzungsänerung, die andere bauordnungsrechtlne Anforderungen auslöst																			6,9	

Nr.	Antragsdatum	Antragsteller	Regelung / Antragsgegenstand	Verständigungsverfahren	Änderung des Antrages	genehmigt		teilweise genehmigt			abgelehnt			Antrag zurückgenommen			Genehmigungsfiktion eingetreten		Verfahrensdauer in Wochen				Sonstige Anmerkungen
							Datum		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Entscheidungsgründe (z.B. entgegenstehendes EU- oder Bundesrecht, Entgegenstehen öffentlicher Belange usw.), stichpunktartig		Datum	Gründe		Datum	(teilweise) Genehmigung	Ablehnung	Rücknahme durch Antragsteller	laufendes Verfahren	
25	23.01.2026	Stadt Bräunlingen	Befreiung für eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung zum Fensteraustausch am Rathaus und einer Grundschule.											x	11.02.2026						2,7		Keine Angabe der genauen Regelung durch den Antragsteller erfolgt.
26	29.01.2026	Landkreistag Baden-Württemberg	§ 9 APrOVerm gD + mD / Verzicht auf die Pflicht zur Verbeamtung von Anwärtern im Vorbereitungsdienst für den gehobenen und den mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst in begründeten Ausnahmefällen																			1,6	
27	05.02.2026	Stadt Herrenberg	§ 2 GEG / Verzicht auf Anforderungen zur energetischen Beschaffenheit von Interimsquartieren																			0,6	Am 06.02.2026 wurde mit der Antragstellerin vereinbart, den Antrag ausschließlich an das UM zu richten.
28	09.02.2026	Stadt Ochsenhausen	Tabelle A Anhang 1 und Ziffer 10.1 Anhang 2 zur VwV Stellplätze / Verzicht auf Reduzierung der zu fordernden Kfz-Stellplätze bei guter ÖPNV-Anbindung und Verzicht auf Forderung von Fahrrad-Stellplätzen bei Grundschulen																			0	